

„Selbstbehauptung in einer globalisierten Welt“

Petersberger Convention 2010 “Zukunft 2.0 – Jenseits der Krise“

Petersberg, Königswinter 12. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Die Petersberger Convention 2010 hat sich sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Nicht nur die Folgen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, sondern auch „die Fehlentwicklungen in der Zeit bis zum Eintritt der Krise (sollen) identifiziert und Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt werden“. Und dabei soll sich die „Diskussion nicht nur auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen im engeren Sinne konzentrieren, sondern die sozialen und kulturellen Wechselstimmungen und Implikationen berücksichtigen“.

Also: Das ist eine Aufgabe für Menschen, die sehr viel klüger sind als ich.

Ich habe hier im Übrigen ein Handicap: Während meines zweiten juristischen Studiums an der Yale Law School, vor genau 60 Jahren, wurde ich durch meine damaligen Lehrer Laswell, Mc Dougal und Rostow in meinem Denken stark sozialwissenschaftlich beeinflusst. Seit dieser Zeit versuche ich, den Forschungen und Veröffentlichungen zu solchen Themata, wie sie sich die Petersberger Convention 2010 gestellt hat, zu folgen. Eng begrenzt auf diese Fragen beherbergt meine Bibliothek heute – wie ich, veranlasst durch unsere diesjährige Convention überschlüssig gezählt habe, – mehr als 500 Bücher und Schriften. Seit 1950. Ökonomie und Geschichte nicht einbegriffen.

Warum berichte ich das?

Ich möchte hier ja niemanden entmutigen, aber schon ein Blick in diese Abteilung meiner Bibliothek generiert zwei Erkenntnisse: Erstens: Was uns heute besorgt, das weiß und beschwört man vielstimmig, aber mit weit divergierenden Interpretationen, seit Jahrzehnten; nichts ist hier noch neu. Und zweitens: Die so gewonnenen Erkenntnisse blieben zum Teil wahr, zum Teil hatten sie auch nur eine sehr kurze Verfallzeit. Aber alle Erkenntnisse und Mahnungen, von welcher Seite auch immer, sind weitgehend folgenlos geblieben. Die Karawane zieht weiter. Die evolutionäre Menschheitsgeschichte nimmt offenbar unbeirrt ihren Lauf. Das lässt einen nachdenklich und bescheiden werden in einer Diskussion wie der heute hier geführten.

Und doch: Wir, die wir zum Handeln geschaffen und angetreten sind und die wir uns mit Erkenntnissen nicht begnügen wollen, wir sollten nicht resignieren, nur weil wir uns der

Vorläufigkeit, der Fehlbarkeit und oft eben auch der Vergeblichkeit unserer Einsichten und Bemühungen bewusst sind.

Mit diesen Einschränkungen im Kopf will ich versuchen, Antworten auf die uns gestellten Fragen zu geben. Und, weil unsere Zeit knapp ist, mache ich dies kurz und holzschnittartig.

Ausgangspunkt der Krise - die Amerikaner sagen jetzt „Great Contraction“, also „große Schrumpfung“, um den Ausdruck „Depression“ zu vermeiden – Ausgangspunkt der Krise waren nicht die Finanzmärkte, nicht eine neue „Gier“, auch kein neuer „Werteverlust“ in der Gesellschaft.

Zunächst: Wenn nämlich ein Unternehmen seine Kredite nicht mehr bedienen kann, weil es sich verkalkuliert oder übernommen hat und nun seine Kreditgeber und Banken mit in den Abgrund reißt – so wie hier in Köln wohl Arcandor das Bankhaus Oppenheim zu Fall gebracht hat – dann handelt es sich in erster Linie um ein Unternehmensproblem, also um ein Problem der Realwirtschaft mit Folgen für die Banken. Die Quelle der großen Krise war aber in erster Linie eine in den USA staatlich geförderte, ökonomisch unverantwortliche und leichtfertige Hypothekenpolitik, die als sozialpolitisches Instrument dienen sollte. Privatpersonen hatten sich, überredet von staatlich gelenkten Hypothekenbanken, auf längere Sicht unbezahlbare Hypotheken aufschwätzen lassen und das Kreditgeld auch noch auf Klamotten und Autos ausgedehnt. Mit ihren Schulden finanzierten die Leute Importe aus aller Welt, dort entstanden riesige Aktivkonten und damit ein wachsendes Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft. Den zunehmenden Schulden in den USA (und einigen europäischen Ländern) stand ein steigender Handelsbilanzüberschuss, insbesondere Chinas (aber auch der meisten Energie produzierenden Länder) gegenüber. Auch der Aufschwung in Deutschland war insofern eine Folge des Schuldenbooms in den USA!

Was macht man mit so viel Geld? Die Überschussländer und die Reichen aller Welt suchten für ihr aufgehäuftes Kapital Anlagemöglichkeiten, sie fanden diese - wie wir heute wissen irrtümlich - unter anderem in den verbrieften Hypothekenzertifikaten der USA und den von diesen angetriebenen Aktientiteln. Als die überschuldeten Häuserkäufer schließlich ihre Schwäche offenbarten, brach das weltweit verflochtene Finanzsystem unter den nun notwendig gewordenen Abschreibungen zusammen – die Quelle der Krise war also eine Krise der Realwirtschaft mit Folgen für die Finanzindustrie! Die Welt hat sich noch immer nicht davon erholt. Es war im Übrigen eine Krise wie sie sich in der Geschichte nicht zum ersten Mal ereignete.

Den sozialpolitischen Leichtsinn kann man erklären: politisch naiver Opportunismus von Clinton bis Bush. Doch wie kam es zu dem Dominoeffekt? Nicht durch einen Werteverfall! Die Verflechtung der Finanzmärkte war nicht das Ergebnis von böser Absicht und Gier, sondern von einer im übrigen wundervollen Entwicklung: Ich meine jenen explosiven Freiheitsschub in der Welt seit Ende der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Alle Globalisierung ist nämlich ein Produkt wachsender Freiheit; Wegmarken in unserer Zeit sind die Öffnung Chinas nach 1978, der Fall der Mauer 1989, die marktwirtschaftliche Wende in Indien und Lateinamerika. Und das alles getragen von den neuen Informationstechnologien, vom Mobilphone bis zum Internet; ungeahnte Freiräume der Kommunikation. Und das alles wollten wir und – schauen wir auf China oder Russland – es ist uns noch immer nicht genug. Auch an den Türen der Entwicklungs- und Schwellenländer pocht schon energisch die Ungeduld des Freihandels.

Hier, in der Freiheitsexplosion der letzten Jahrzehnte, finden sich die wahren Wurzeln des tiefen Strukturwandels, den wir heute durchleben. Die große Krise ist nur der „Brandbeschleuniger“ dieses Strukturwandels, die Krise ist ihrerseits nicht Ursache, sondern selbst Folge der Probleme, mit denen wir ringen; Folgen des globalen Strukturwandels.

Schon der Wegbereiter der Marktwirtschaft, Adam Smith, hatte nämlich darauf bestanden, dass jeder funktionsfähige Markt eine Ordnung, ein sanktionsbewehrtes Rechtssystem braucht. Doch die von uns allen begrüßte Ausweitung der Freiheit im Leben des Einzelnen und damit auch ihre wirtschaftliche Freiheit, sie haben bisher nur im Bereich der Europäischen Union begonnen, ein dem neuen Freiraum entsprechendes Rechtssystem zu schaffen. Nur dem „globalen“ Europa ist eine gewisse Ordnung der Märkte gefolgt: Allerdings sehen wir an der Griechenland-Problematik wie schwierig es ist, solche Ordnungssysteme konsequent und wirksam genug zu gestalten. So ist die ganze Welt heute auf der Suche nach den neuen Grenzen der Freiheit.

Aber heute sorgt sich die WTO eher um freie Marktzugänge mit nur sehr simplen Regeln gegen offenkundiges Dumping und einigen wenigen Sozial- und Umweltstandards. Im Kern war und ist die Völkergemeinschaft –in dieser Beziehung sogar wohl in erster Linie getrieben von den Industriestaaten! – nur an freien Marktzugängen interessiert und hat in den vergangenen 30 Jahren den Folgen dieser Freiheitsbewegung der Märkte, also den auch notwendigen Grenzen der Freiheit, sehr viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Neue Freiheiten bedeuten immer auch eine Verschärfung des Wettbewerbs. Der Mensch ist ein konkurrenzorientiertes Lebewesen. Er will gewinnen und haben. Mit dieser einfachen Erkenntnis lassen sich Exzesse der Finanzspekulationen, die gegenseitige Überbietung von Gewinnzielen, der Wettlauf um den Marktwert der Aktien und die

Honorierung dieser Ziele durch anreizende Boni, leicht erklären. Nicht als eine neue „Gier“, sondern als neue Chancen für eine alte Gier. Die Chancen und die Maßstäbe des „Erfolgs“ sind in wenigen Jahrzehnten „global“ geworden, bei Banken nicht anders als bei Fußballspielern, Tennisspielern oder Pop-Entertainern. „Gierig“ waren - und bleiben wohl - die Menschen immer. Aber die Chancen für eine erfolgreiche, sozial noch ungezähmte Gier im großen Maßstab sind eben enorm gestiegen. Und damit auch die Gefahren!

So erklärt sich auch die weltweit zu beobachtende Entwicklung zu mehr „sozialer Ungleichheit“. Auch sie ist im Kern die Folge wachsender Freiheit in der Welt. Die Wissenschaft misst die Ungleichheit mit dem sogenannten Gini-Koeffizienten; je niedriger dieser ist, desto größer ist die „Gleichheit“. Nach letztem Stand weisen, hier zum Beispiel Italien, Großbritannien, die Schweiz, Frankreich, die Niederlande, Österreich und viele andere eine höhere Ungleichheit auf als Deutschland; Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland eine geringere. Doch überall deutet der Trend zu einem starken Gefälle zwischen Reich und Arm.

Die neuen Freiheiten der Weltwirtschaft erlauben das Verlagern von Niedriglohtätigkeiten aus den Industriestaaten in kostengünstigere Regionen. Erst dieser Prozess ermöglicht nun zugleich den Industriestaaten (noch jedenfalls) eine immer höhere Entlohnung der hervorgehobenen Fähigkeiten und Fertigkeiten im eigenen Land, weil die anderen, die eher einfach Beschäftigten, der verschärften Niedriglohnkonkurrenz ausgesetzt sind. Deren Tätigkeiten werden entweder ausgelagert oder die Löhne gedrückt, auch um die höheren Löhne für Spezialisten zu ermöglichen. Eine Welt, die das „Können“ immer stärker honoriert, ist zwar auf ihre Weise gerecht aber zwangsläufig auch eine Welt inhärenter Ungleichheit. Michael Young hat davor schon in den 50er Jahren mit seinem Buch „The Rise of the Meritocracy“ gewarnt.

Soviel und so kurz zu den „Fehlentwicklungen bis zum Eintritt der Krise“ und den „sozialen und kulturellen Wechselwirkungen und Implikationen“ im Sinne der Fragestellung der Veranstalter. Sehr pauschal zusammengefasst kann man sagen: Die Verschuldung der USA-Konsumenten war das Ergebnis politischen Opportunismus und leichtfertiger Zentralbankpolitik. Die Asset Blase, die Hypotheken- und Immobilienblase platzte. Der Dominoeffekt der weltweiten Finanzkrise war dann eine Folge weltweit erweiterter Freiheitsräume. Und die größere „Gier“ wiederum war und ist eng mit diesen größeren Freiheitsräumen verbunden, für die eine Ordnung noch fehlt. Und die aus den Ungleichheiten resultierenden sozialen Spannungen sind die Folgen einer in der globalen Welt zunehmenden Möglichkeit, Niedriglohtätigkeiten auszulagern, so die Standortkosten international wettbewerbsfähig zu halten und kommerziell messbare Leistung im eigenen Land dann nach Weltmaßstab zu honorieren.

Ich finde, in der politischen Diskussion fehlt diese Klarheit. Wenn wir hier aber „therapieren“ wollen, dann muss eben zuvor die Diagnose stimmen.

Doch nun zu den ebenfalls erwünschten „Perspektiven für die Zukunft“. Um sie zu umreißen, sollten wir zunächst noch einmal einen Blick auf die offenen Tendenzen dieser Entwicklungen werfen. Wie ich bereits sagte: Der Ausgangspunkt für den Umfang der gegenwärtigen Krise war die durch die Ausweitung der Freiheitsräume verursachte, weltweite Verflechtung der Kapital- und Realmärkte. Das Kapital, unsichtbar und ohne körperliches Gewicht, hatte im historischen Prozess der Kommunikationsverflechtungen über Morse-Geräte, Telefon, Fernschreiber, Telefax, Computer und Internet den Prozess der Globalisierung immer am schnellsten und dichtesten vollzogen. Schon längst bevor die Warenmärkte, zunächst noch begrenzt durch Transportierbarkeit und Transportkosten, diesen Weg gehen konnten, waren die europäischen und später dann auch die atlantischen Kapitalmärkte eng verflochten. Fernand Braudel beschreibt diesen Weg eingehend in seinem berühmten Werk „Aufbruch zur Weltwirtschaft – Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts“. Und bei Braudel, wie bei fast allen anderen Wirtschaftshistorikern, wird deutlich, dass Kapital, Banken und Bankiers der Öffentlichkeit seit jeher verdächtig waren und stets als Sündenböcke für wirtschaftliche Fehlentwicklungen herhalten mussten. Eine der Quellen, übrigens, des weltweiten Antisemitismus.

Denn noch nie in der Jahrtausende alten Geschichte des Geldes haben private Finanziere, Banken oder Sparkassen ihr Geschäftsmodell ausschließlich auf die Vergabe von Krediten an Private oder Unternehmen begrenzt. Schon immer ist mit Geld auch Geld verdient worden. Und schon immer haftete diesen Geschäften dann auch ein Geruch von „Spekulation“ an. Ich bin daher skeptisch, ob - durch welche Regeln auch immer - zukünftig die Banken auf ihre angeblich einzige Aufgabe beschränkt werden können, nämlich Kredite an Private oder Unternehmen zu vergeben. Was ich damit hinsichtlich der in unserer heutigen Aufgabenstellung formulierten „Perspektive für die Zukunft“ sagen will ist dies: Es wird auch in den kommenden Jahrzehnten eine starke internationale, tief verflochtene Finanzwirtschaft geben. Und diese Finanzwirtschaft wird sich nicht auf die Kreditvergabe und deren Zinseinkünfte begrenzen lassen. Und sie international zu zähmen, zu regulieren und zu beaufsichtigen wird sehr, sehr schwierig sein. Das sieht man heute am Schicksal der sogenannten Paul Volcker-Vorschläge im US-Senat. Deutschland und Europa sollten hier die US-Administration unterstützen!

Werden wir also den Finanzsektor wirkungsvoll international regulieren und beaufsichtigen können? Viel spricht gegenwärtig nicht dafür. Die großen Finanzzentren der Welt, London, New York, Schanghai und Tokio haben schon untereinander sehr unterschiedliche Interessen, aber auch gemeinsame gegenüber dem Rest der Welt, zum

Beispiel, gegenüber Frankfurt oder Paris. Einigungen im Sinne Deutschlands erscheinen hier jedenfalls gegenwärtig sehr schwierig.

Aber auch auf dem Feld der sogenannten Realwirtschaft, also der Waren und der Dienstleistungen, wird die weltweite Verflechtung bei sehr verschiedenen Kostenniveaus fortschreiten. In der großen Depression der 30er Jahre gab es die Flucht in den Protektionismus; mit verheerenden Folgen. Heute gibt es zwar auf allen Kontinenten auch hin und wieder Schritte in dieser Richtung - siehe gerade jetzt Boeing und EADS - aber die Weltwirtschaft hat wohl doch schon zu viele und zu große Abhängigkeiten entstehen lassen, sodass heute alle wirtschaftlich wichtigen Staaten ein überwiegendes Interesse an der Fortsetzung des Globalisierungsprozesses haben. Verlangsamt vielleicht, aber nicht unterbrochen, wird also die Globalisierung fortschreiten. Das wiederum heißt, der Strukturwandel in der Welt wird weiter voranschreiten. Vae Victis – wehe den Besiegten!

In einer Welt großer wirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Freiheitsräume mit nur sehr begrenzten Ordnungssystemen wird es auch in Zukunft Krisen geben. Und diese Krisen werden folglich zukünftig immer weniger regional begrenzt sein. Insofern ist die heutige Krise vermutlich nicht Abschlussereignis eines bisherigen Integrationsprozesses, sondern eher Vorbote zukünftiger Entwicklungen.

Was ist zu tun? Auf vier tragende Säulen, so scheint mir, sollten wir achten.

Das Wichtigste scheint mir zunächst zu sein diese Realitäten zu erkennen und alle Illusionen einer Welt ohne Kapitalismus oder eines „Dritten Weges“ fahren zu lassen – jedenfalls solange es Freiheit gibt. Eine freie Welt ist nämlich zwangsläufig eine kommerziell dominierte Welt; in einer freien, kommerziellen Welt herrscht kommerzieller Wettbewerb und in einer Welt des kommerziellen Wettbewerbs ist der Unternehmer, sei es als Eigentümer oder als Manager, die zentrale Figur.

Hier haben wir ein Problem: Denn in Deutschland ist der Unternehmer keine so hoch geschätzte Persönlichkeit! Soll und Haben gelten wenig im Land der guten Absichten! Wir müssen deswegen für die Haltbarkeit der ersten Säule alles daran setzen, die global notwendigen Wettbewerbsbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten in Deutschland zu schaffen oder zu erhalten. Von den Lohnnebenkosten bis zu den Steuersätzen und den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Das wird politische Zivilcourage erfordern! Es würde hier zu weit führen, die Einzelheiten auszubuchstabieren. Aber eine ergänzende Bemerkung zur öffentlichen Debatte über Wirtschaftspolitik und Politikberatung erlaube

ich mir doch: Mir erscheint es notwendig, im Sachverständigenrat zukünftig auch praktische Unternehmererfahrungen zu verankern.

Der Notwendigkeit einer starken und wettbewerbsfähigen Unternehmenswirtschaft steht als zweite Säule eine noch sehr viel schwierigere Aufgabe gegenüber: Wir müssen unter den bedrängenden Bedingungen eines weltweiten Kosten- und Preiswettbewerbs, und ohne protektionistische Ausflüchte, mehr soziale Gerechtigkeit für alle Einkommensschichten sichern. Hier sind gewiss Bildung und Ausbildung Schlüsselgebiete. Aber es geht auch um ein immer wieder austariertes Gleichgewicht zwischen dem Anspruch des Einzelnen auf Würde und einen Anspruch der Gemeinschaft, dass ein Jeder seine Leistungsmöglichkeiten der Gemeinschaft auch wieder zurückgibt. Der Sozialstaat ist keine Einbahnstraße und Eigenverantwortung ist eine Bürgerpflicht. Hier werden wir immer wieder experimentieren müssen und von den Erfahrungen anderer lernen. Denn dieser Prozess ist angesichts des evolutionären, also unberechenbaren Charakters der Globalisierung nie zu Ende. Gerechtigkeit ist niemals statisch.

Eine dritte Säule ist deswegen die Stärkung der Verantwortung in den kleinen Einheiten. Denn indem die Globalisierung größere Freiheitsräume schafft, verlangt sie zur Selbstbehauptung auch mehr Verantwortung der kleinen Einheiten. Das gilt für jeden Einzelnen, für die Familie aber auch für die politischen Einheiten, für die Kommune, das Land, den Nationalstaat und – bei uns – auch für die Europäische Union, die im Weltmaßstab eine solche „kleine“ Einheit ist: Im Zweifel für die kleinere Einheit heißt die Devise der Selbstbehauptung. Dezentralisation bedeutet Flexibilität und das ist die beste Antwort auf die Überraschungen der Globalisierung. Die großen Erfolge der kleinen Staaten heute sind kein Zufall. Für Deutschland heißt das: Ein konsequenter, mutiger und gut koordinierter Föderalismus! Ihn haben wir heute nicht. Eine große Aufgabe.

Ein weiterer Gesichtspunkt spricht für die Stärkung der kleinen Einheiten. Es wird heute oft von einem Werteverlust in der Gesellschaft gesprochen. Ich sehe aber nicht, dass in der verbalen Einschätzung wichtiger Werte wie, zum Beispiel, Gerechtigkeit und Solidarität, solche Verluste zu registrieren sind. Eher das Gegenteil. Was aber verloren gegangen ist, das ist die Praxis dieser Werte. Und da sollten wir wissen: Diese Praxis entsteht und besteht nur in kleinen sozialen Einheiten. Von dort müssen sie ausgehen und dort müssen wir sie wieder durch Praxis erneuern. Über Werte zu reden – um nicht zu sagen: zu schwafeln – ist einfach. Werte zu praktizieren ist schwer. Und zu dieser Praxis zu erziehen ist mühsam: Liebe und Sanktionen sind gleichermaßen notwendig. Hier haben wir Defizite bei uns selbst, an denen wir arbeiten müssen.

Die Betonung regionaler Verantwortung ist keine Absage an Bemühungen um weltweite Regelungs- und Koordinierungsinstitutionen. UNO, OECD, G20, Weltbank oder IWF. Aber

nur sehr langsam wird aus diesen Gremien eines Tages vielleicht ein Netzwerk von Regelsystem einer globalen verflochtenen Welt werden. Heute jedenfalls, und für unsere überschaubare Zukunft, auf eine funktionsfähige Weltinnenpolitik zu setzen ist Illusion. Mir scheint deswegen, dass wir uns heute etwas zu viel von internationalen Regelsystemen versprechen und zu wenig Arbeit auf mögliche Methoden der Selbstbehauptung in einer krisenanfälligen Weltwirtschaft lenken. Global denken und lokal handeln bedeutet auch: Global erkennen und lokal reagieren. Das sollte ernster genommen werden.

Wie könnten wir nun mehr als bisher auf Methoden der eigenen, unabhängigen Sicherheit und Selbstbehauptung sinnen und diese Anstrengungen neben die Bestrebungen für weltweite Regelungen setzen? Das wäre die vierte Säule. Sie hat zwei Seiten: Eine offensive und eine defensive. Zur offensiven Seite gehört alles, was den Standort Deutschland wirtschaftlich, sozial und politisch wettbewerbsfähiger macht. Da wird es sicher Streit über die Instrumente geben – den müssen wir offen und tolerant austragen. Ich glaube, zum Beispiel, nicht, dass ein Land wie Deutschland mit im OECD-Vergleich weit unterdurchschnittlicher Steuer- und Gesamtabgabenquote die Lücken bei Bildung, Forschung, Kitas und Renten über weitere Steuersenkungen schließen kann. Wo bliebe da die notwendige Steigerung der Binnennachfrage? Wir werden die Steuern erhöhen müssen. Allerdings auch auf die Effizienz achten. Aber das führt hier zu weit ins Detail.

Soweit der offensive Ansatz. Der defensive Ansatz ist jedoch mindestens ebenso wichtig: Wie können wir uns besser als bisher - und ohne unsere Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen -, gegen die Auswirkungen der unvermeidlichen zukünftigen Krise immunisieren? Warum haben einige Länder, wie, zum Beispiel, Polen, die Finanzkrise besser überstanden als andere? Warum gelingt es der Schweiz oder auch Dänemark trotz hoher Exportabhängigkeit die Arbeitslosigkeit niedriger zu halten als Deutschland? Fragen über Fragen, die zum Lernen auffordern.

Und dies ist dann meine zentrale Schlussfolgerung: Jede Evolution ist ein lernendes System. Die Weltwirtschaft verläuft evolutionär. Je besser wir lernen zu lernen, desto besser werden wir auch in dieser neuen Welt bestehen. Und am Lernen kann uns niemand hindern! Lernen aber kann man nur, wenn man offen ist. Und offen ist man nur, wenn man den Mut zur Freiheit hat. Und da hat Deutschland einen Nachholbedarf, an dem wir alle arbeiten müssen. Am Mut zur Freiheit und am Mut auch ihre Folgen zu tragen.